Allgemeine Einkaufs- und Auftragsbedingungen

medl GmbH

Burgstraße 1

45476 Mülheim an der Ruhr

1 Präambel, Geltungsbereich

- 1.1. Die nachstehenden Einkaufs- und Auftragsbedingungen („AEAB“) gelten, soweit nicht vertraglich ausdrücklich abweichende Vereinbarungen getroffen worden sind, für alle Geschäftsbeziehungen zwischen uns der medl GmbH, Burgstraße 1, 45476 Mülheim an der Ruhr, und unseren Geschäftspartnern, Dienstleistern und Lieferanten (im Folgenden: „Vertragspartner“). Die AEAB gelten nur, wenn der Vertragspartner Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Sie gelten auch für alle zukünftigen Aufträge und gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssen.
- 1.2. Unsere AEAB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Vertragspartners werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der AGB des Vertragspartners sein Angebot vorbehaltlos annehmen.
- 1.3. Für Bauleistungen gelten ergänzend unsere Allgemeinen Auftragsbedingungen für Bauleistungen, die Zusätzlichen Vertragsbedingungen Abwasser und die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (Im Folgenden auch jeweils oder in der Gesamtheit als „Bedingungswerk“ bezeichnet. Werden Regelungsbereiche von verschiedenen Bedingungswerken behandelt, so geht grundsätzlich die speziellere Regelung vor, es sei denn es ist ausdrücklich etwas anderes geregelt. Ausdrücklich getroffene Regelungen in Einzelverträgen gehen den Regelungen dieser Bedingungswerke vor, soweit sie Widersprechendes regeln.
- 1.4. Wenn bei bestimmten Begriffen, die sich auf Personengruppen beziehen, wie z. B. „Mitarbeiter“, nur die männliche Form verwendet wird, ist dies nicht geschlechtsspezifisch gemeint, sondern geschieht ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

2 Auftragserteilung

Jeder Auftrag und jede Bestellung wird von uns schriftlich erteilt oder schriftlich bestätigt.

3 Einsatz von Subunternehmern

- 3.1 Die Erbringung der Leistung durch Dritte bedarf unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung. Dies gilt entsprechend für den Wechsel bzw. die Hinzuziehung weiterer Subunternehmer.
- 3.2 Bei Verstößen gegen die Pflicht aus Abs. 3.1 kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und/oder Schadensersatz verlangen.

4 Leistungserbringung

Die Erbringung der jeweiligen Leistung (z.B. Lieferung der Waren, Ausführung von Dienstleistungen) hat gemäß den anerkannten Regeln der Technik (z.B. den DVGW- oder VDE-Bestimmungen), den jeweils gültigen technischen Vorschriften, dem Regelwerk der DGUV (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung) sowie anderer Arbeitsschutzvorschriften und den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu erfolgen.

5 Mängelhaftung, Rügeobliegenheit

- 5.1 Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Leistung und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Vertragspartner gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- 5.2 Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte gilt für Kaufverträge: Kommt der Vertragspartner seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten. Diese Beseitigung bzw. geleisteten Zahlungen gelten nicht als Verzicht auf das Recht der Mängelrüge.

6 Freistellung des Auftraggebers

Der Vertragspartner ist verpflichtet, uns von allen Schadensersatzansprüchen Dritter freizustellen, die Dritte uns gegenüber aus Gründen geltend machen, die in einem Mangel der Lieferung/Leistung des Vertragspartners beruhen, sofern dieser uns nicht nachweist, dass er das schadenauslösende Ereignis nicht zu vertreten hat. Die vorstehenden Regelungen gelten auch, wenn sich der Auftragnehmer eines Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen bedient.

7 Haftung für Kartellrechtsverstöße

7.1 Sollte der Vertragspartner in Bezug auf die vertragsgegenständlichen Leistungen nachweislich eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, so hat er einen von den sonstigen Haftungsregelungen unabhängigen pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15% des Auftragswertes zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt wurde. Sonstige uns zustehende Rechte bleiben unberührt.

7.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen, Empfehlungen oder Verabredungen mit anderen Bietern/ Bewerbern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen - GWB - zulässig sind.

7.3 Solchen Handlungen des Vertragspartners selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.

8 Versicherung

Der Vertragspartner ist verpflichtet, auf seine Kosten eine angemessene Betriebshaftpflichtversicherung, in der Bearbeitungsschäden eingeschlossen sind, abzuschließen und während der gesamten Dauer des Vertrages bis zum Ablauf etwaiger Verjährungsfristen aufrecht zu halten. Dies gilt entsprechend für jeden vom Vertragspartner zulässigerweise eingesetzten Subunternehmer.

9 Eigentumsvorbehalt

Die Übereignung von Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt. Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt. Rechte Dritter an vom Vertragspartner zu liefernden Gegenständen und Dienstleistungen sind uns unaufgefordert offenzulegen.

10 Aufrechnung und Abtretung

10.1 Der Vertragspartner hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

10.2 Forderungen des Vertragspartners gegen uns dürfen nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung an Dritte abgetreten oder verpfändet werden.

11 Transport und Lieferung

11.1 Die Lieferung von durch uns bestellte Waren erfolgt „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in der Burgstraße 1, 45476 Mülheim an der Ruhr zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

11.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem, bei allen Transporten die geltenden Verordnungen und Gesetze, insbesondere die GGVSEB (Gefahrgutverordnung Straße,

Eisenbahn und Binnenschifffahrt) sowie die StVO und StVZO (zur Ladungssicherung) zu erfüllen und auf entsorgungspflichtige Güter (auch in den kaufmännischen Begleitpapieren) besonders hinzuweisen.

12 Gefahrstoffe, Verpackung

12.1 Für Produkte, bei deren Verwendung und/oder Entsorgung Gefahren entstehen können und zu deren Abwehr im Sinne der GefStoffV (Gefahrstoffverordnung) Schutzmaßnahmen erforderlich sind, ist ein DIN-Sicherheitsdatenblatt mitzuliefern.

12.2 Der Vertragspartner verpflichtet sich grundsätzlich, umweltfreundliche, recyclingfähige und Mehrfachverpackungen zu verwenden. Verpackungsmaterial (mit Ausnahme von geringwertigen Pappe- und Papierumhüllungen) kann frachtfrei zurückgesandt werden, wobei die angesetzten Verpackungskosten um 2/3 des berechneten Wertes gekürzt werden.

13 Abrechnung, Terminpönale

13.1 Bei Dienst- oder Werkleistungen sind die von einem unserer Beauftragten oder Vertreter geprüften und unterzeichneten Aufmaße/Stundenzettel der Rechnung beizufügen.

13.2 Rechnungen sind uns auf dem Postweg, bzw. auf elektronischem Wege an rechnungseingang@medl.de, zuzusenden. Die Zahlung erfolgt bargeldlos innerhalb von 30 Kalendertagen. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Die Zahlungsfrist beginnt mit dem Tag der ordnungsgemäßen und vollständigen Lieferung/Leistung und Eingang einer ordnungsgemäßen Rechnung.

13.3 Wir sind berechtigt bei den vom Vertragspartner zu vertretenen Terminüberschreitungen ein Terminpönale in Höhe von 0,2 % der Vertragssumme (netto) pro Arbeitstag, jedoch höchstens 5 % insgesamt, zu verlangen oder bei vereinbarten Zahlungen in Abzug zu bringen. Wir müssen uns das Terminpönale nicht bei der Entgegennahme der Lieferungen und Leistungen vorbehalten, sondern können es noch bis zur Schlusszahlung geltend machen. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Das Terminpönale ist dann auf einen etwaigen Schadensersatzanspruch anzurechnen.

14 Mindestarbeitsbedingungen, Einsatz von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten

- 14.1 Im Rahmen von Werk- und Dienstverträgen verpflichtet sich der Vertragspartner, alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der von ihm eingesetzten Arbeitnehmer einzuhalten. Dies sind insbesondere sämtliche Bestimmungen zur Zahlung des Mindestlohns und zur Abführung der Urlaubskassenbeiträge nach dem Arbeitnehmerentgeltgesetz (AEntG) und nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), sowie die seinen Betrieb betreffenden tariflichen Regelungen.
- 14.2 Der Vertragspartner hat sicherzustellen, dass seine Subunternehmer sowie alle nachgeordneten Nachunternehmer diese Anforderungen erfüllen und vertraglich hierzu verpflichtet werden. Der Vertragspartner ist verpflichtet, aktiv auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften hinzuwirken.
- 14.3 Der Vertragspartner verpflichtet sich weiter, auf Verlangen die Einhaltung der o.g. gesetzlichen Vorschriften nachzuweisen (z. B. durch Vorlage einer Bestätigung eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers).
- 14.4 Der Vertragspartner stellt uns im Innenverhältnis von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegen uns wegen eines Verstoßes des Auftragnehmers selbst oder einer seiner Subunternehmer gegen das AEntG, das MiLoG oder weitere eine etwaige Haftung anordnende gesetzliche Vorschriften geltend gemacht werden. Ferner verpflichtet sich der Vertragspartner, uns bei der Abwehr vermeintlicher diesbezüglicher Ansprüche gegen uns bestmöglich zu unterstützen.
- 14.5 Verstößt der Vertragspartner gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns und sind die Voraussetzungen einer Haftung des Auftragnehmers erfüllt, sind wir berechtigt, den zwischen uns bestehenden Vertrag fristlos zu kündigen.
- 14.6 Der Vertragspartner erkennt die „Sicherheitsanforderungen an Fremdfirmen bei Arbeiten auf medl-Werksgelände“ an. Diese sind vom Auftragnehmer im Download-Bereich der Homepage unter www.medl.de einzusehen.
- 14.7 Der Vertragspartner ist verpflichtet, keine Arbeitnehmer oder Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) einzusetzen, die nicht im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis und eines gültigen Sozialversicherungsausweises sind. Der Vertragspartner gestattet uns oder einem von uns Bevollmächtigten, entsprechende Kontrollen durchzuführen.

15 Außerordentliche Kündigung

Der Vertrag kann vom Auftraggeber ohne Einhaltung von Fristen insbesondere dann außerordentlich gekündigt werden, wenn der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt, ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wird oder nachweislich unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen des Auftragnehmers vorliegen.

16 Geschäftsgeheimnis und Datenschutz

16.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bedingungen der zwischen Ihnen geschlossenen Verträge sowie alle ihnen im Rahmen eines Vertrages zugänglich gemachten, sowie bei Gelegenheit der Zusammenarbeit erlangten Informationen über Angelegenheiten der anderen Partei, die als vertraulich gekennzeichnet sind; die bei einer mündlichen Übermittlung als vertraulich bezeichnet werden; oder die aus Sicht eines objektiven Beobachters als vertraulich erkennbar sind; sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, vertraulich zu behandeln.. Alle Mitarbeiter, auch die der Subunternehmer oder Unterlieferanten des Vertragspartners, sind durch den Vertragspartner entsprechend zu verpflichten.

16.2 Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht nach Beendigung des Vertrags für einen Zeitraum von zwei Jahren fort.

16.3 Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Informationen,

- a) die der jeweils anderen Partei bei Abschluss des Vertrags bereits bekannt waren,
- b) die zum Zeitpunkt der Weitergabe durch die offenlegende Partei bereits veröffentlicht waren, ohne dass dies von einer Verletzung der Vertraulichkeit durch die jeweils andere Partei herrührt,
- c) die die jeweils andere Partei ausdrücklich schriftlich zur Weitergabe freigegeben hat,
- d) die die jeweils andere Partei rechtmäßig und ohne die Vertraulichkeit betreffende Einschränkung aus anderen Quellen erhalten hat, sofern die Weitergabe und Verwertung dieser vertraulichen Informationen weder vertragliche Vereinbarungen noch gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzen,
- e) die die jeweils andere Partei selbst ohne Zugang zu den vertraulichen Informationen des Kunden entwickelt hat,
- f) die aufgrund gesetzlicher Auskunft-, Unterrichts- und/oder Veröffentlichungspflichten oder behördlicher Anordnung offengelegt werden müssen. Soweit zulässig, wird die hierzu verpflichtete Partei die jeweils andere Partei hierüber so früh wie möglich informieren und sie bestmöglich dabei unterstützen, ge-

gen die Pflicht zur Offenlegung vorzugehen.

- 16.4 Unsere Bestellung sowie unsere im Bau befindlichen oder ausgeführten Projekte dürfen nicht für Werbezwecke genutzt werden. Der Vertragspartner darf auf geschäftliche Verbindungen mit uns in sämtlichen Veröffentlichungen, z. B. in Werbematerialien und Referenzlisten, erst nach der von uns erteilten schriftlichen Zustimmung hinweisen.
- 16.5 Die Vertragsparteien werden alle personenbezogenen Daten, die sie zur Durchführung des Auftrages erhalten, im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung und der Datenschutzgrundverordnung erheben, verarbeiten und nutzen, und nur von Mitarbeitern bearbeiten lassen, die auf das Datengeheimnis verpflichtet worden sind.
- 16.6 Der Vertragspartner verpflichtet sich zur uneingeschränkten Einhaltung der gesetzlichen Unbundling-Anforderungen; insbesondere dürfen Daten oder Informationen i. S. d. § 6 a EnWG, die einen unberechtigten Wettbewerbsvorteil verschaffen können, durch den Vertragspartner ausschließlich mit unserer Zustimmung und nach Vorgabe durch uns an Dritte weitergegeben werden. Wir behalten uns zur Überwachung der Einhaltung der Unbundling-Anforderungen ein uneingeschränktes Kontroll- und Einsichtsrecht in alle Daten und Vorgänge vor, welche die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen betreffen.

17 Schlussbestimmungen

- 17.1 Es gilt ausschließlich das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Recht. Die Anwendung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.
- 17.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich der Vereinbarung der Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses bedürfen der Schriftform.
- 17.3 Sollte eine Bestimmung in diesen AEAB oder eine Bestimmung im Rahmen sonstiger Vereinbarungen der Parteien unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen oder Vereinbarungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Falle verpflichtet, anstelle der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Regelung zu treffen, die der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.
- 17.4 Wir sind berechtigt, die AEAB nachträglich zu ändern oder zu ergänzen. In diesem Fall teilen wir dem Vertragspartner die Änderungen in Schrift- oder Textform mit. Widerspricht der Vertragspartner nicht innerhalb von einem Monat ab Zugang der Mitteilung

der Änderungen, werden die geänderten Bedingungen Vertragsbestandteil. Im Falle des Widerspruchs verbleibt es bei der ursprünglichen Regelung. Auf die Frist und die Folgen ihrer Nichteinhaltung weisen wir den Vertragspartner in der Mitteilung hin.

17.5 Soweit der Vertragspartner Vollkaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches ist, ist Mülheim an der Ruhr ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten, soweit nicht ein ausschließlicher gesetzlicher Gerichtsstand besteht.